

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16,000.

Abonnementspreis viertel 5 RT., incl. Frangirtohn 6 RT., durch die Post bezogen 6 RT., Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf.

Zeitschriftliche Beiträge 20 Pf. Weitere Schriften laut unserem Preisverzeichnis - Labelanischer Tag nach höherem Tarif.

Kerles unter dem Redaktionsdruck die Spalte 40 Pf.

Zufolge sind bei an d. Expedition zu senden. - Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung prosumendo oder durch Postnachschuß.

Erstausgabe 2 Mal.

Früh 6 1/2 Uhr.

Nachmittag 5 1/2 Uhr.

Sonn- und Festtags um früh 6 1/2 Uhr.

Redaktion und Expedition

Postamtstraße 33.

Für die Abgabe einzelner Nummern macht sich die Expedition nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächstfolgende Morgen-Ausgabe bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Krumm, Universitätsstr. 22, Louis Schür, Rathhausstr. 15, p. nur bis 1/2 Uhr.

№ 36.

Mittwoch den 21. Januar 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In unserer Bekanntmachung vom 1. Februar 1866 haben wir bis auf Weiteres demjenigen, welcher nachweislich in einem hier ausgeschlachteten, aber nicht zum Verkauf oder Verbrauch gelangten Schweine Trichinen auffindet, eine Belohnung von 10 bis 20 Thalern zugesichert, auch hinzugefügt, daß wir bis auf Weiteres dem obigen festgestellten Werth eines hier ausgeschlachteten trichinenhaltigen Schweines, insoweit dasselbe vor irrendem Verbrauch ander abgeliefert werde, zu erheben bereit seien.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Kreisrath.

Bekanntmachung.

Die auf den 30. dieses Monats anberaumte Auktion im Connewitzer Forstreviere wird hiermit auf den 28. Januar d. J. verlegt, was zur Kenntnissnahme der Betheiligten gebracht wird.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Rugholz-Auktion.

Mittwoch, den 28. Januar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldbeschlage Abteilung 41 ca. 57 eichene, 114 weisbuche, 6 aborne, 14 maholberne, 6 eichene, 44 rüsterne, 13 lindene und 30 eiserne Ruglöcher, sowie 44 eichene Schirrhölzer unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgegebenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Bekanntmachung.

Bei der am 19. Januar d. J. notariell erfolgten sechsten Auslösung der planmäßig zur Rückzahlung bestimmten Obligationen unserer Anleihe vom Jahre 1870 sind 1) von den 4procentigen Obligationen die Nummern 31, 45, 153; 2) von den 4 1/2procentigen Obligationen die Nummern 229, 362, 477, 499 gezogen worden.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Ultramontane Taktik.

Berlin, 19. Januar. Der Barometerstand der Stimmungen des Centrums ist am Sonnabend im Abgeordnetenhaus bei Feststellung der Tagesordnung vom Abg. Windthorst in einer Weise signalisirt worden, die nur dem Eingeweihten sichtbar geworden. Der Führer des Centrums hat in halb-lautem höflichem Tone den Präsidenten, Herrn v. Keller, zur Förderung der Staatsarbeiten mindestens den Justizetat auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Der Präsident gewährte in ebenem höflichem als kühnem Tone die Forderung, nachdem er constatirt hatte, daß sich im Hause kein Widerpruch dagegen erhoben. Ueber diese parlamentarische Episode wird uns zur Genüge von benachrichtigter Seite folgendes berichtet: „Das Centrum ist durch den Frictions-Artikel der „Prov.-Gorr.“ in hohem Grade sowohl gegen den Fürsten Bismarck als gegen Herrn von Puttkamer unwillig. Der Artikel erscheint ihm als Grabschreie des modus vivendi mit Rom und als schlechtester Vehm für all die Opfer, welche die Ultramontanen seit Monaten dem Kaiser gebracht. Sie sind entschlossen, die bisherige schonungsvolle Haltung gegenüber dem Cultusminister von Puttkamer aufzugeben und in den bevorstehenden Beratungen des Cultussetz ihre sämtlichen Batterien zu eröffnen, wozu sie einer erheblichen Zeit und wenn es nach ihren Wünschen ginge, einer ganzen Woche bedürfen. Sie sehen den Culturkampf schon deshalb in ein neues Stadium treten, weil sie die Gewißheit zu haben glauben, daß die Liberalen die Gelegenheit benutzen werden, die gefährdetste conservativ-kerikale Coalition völlig in die Luft zu sprengen. Die Kämpfe mit Windthorst an der Spitze fürchten ihrerseits die Taktik der Regierung, welche die Beratung des Cultussetz möglichst gegen Ende der Session hinauszurücken wünscht und im Drange der Schlussarbeit des Landtages die Krieg- und Klagerufe des oppositionellen Centrums zu erlösen. Deshalb besteht das Centrum auf Erledigung der noch referirenden Etats im Hause. Es will Raum für den Cultussetz haben und Windthorst drang deshalb gestern darauf, mindestens den Justizetat auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen.“ So weit diese Mittheilung über die völlig veränderte Frontstellung der Ultramontanen. Neu ist dabei, daß sie ihr bisheriges Protectionskand, den Cultusminister von Puttkamer, fallen lassen. Die „Germania“ macht aus den Gründen, welche zu dieser veränderten Stellung geführt haben, kein Hehl. Sie hat bereits die Weisung erhalten, für die bevorstehende Cultusdebatte die Punkte zu bezeichnen, welche ihre Fraktion im Kampfe gegen Herrn von Puttkamer zuerst in Angriff nehmen wird. Der Minister wolle weder die Suspension der Majestäts in den oberösterreichischen Reichthumsdistricten eintreten lassen, noch in Sachen der Ausschüßelkessler über das halbfache Recept hinausgehen. Er wolle betrefis des Klerikalgesetzes die halbfache Theorien, während er dessen Verurtheilung müßte. Was endlich den Reichsanzler betrifft, so interpretirt die „Germania“ den Frictionsartikel der „Prov.-Gorr.“ dahin, er enthalte die versteckte Andeutung, daß eine baldige Beilegung des Culturkampfes nicht zu erwarten sei. Der Moniteur des Centrums hebt sich in seinen Hoffnungen auf Revision der Majestätsgesetz und erblickt in der Verneinung der Verantwortlichkeit die Absicht des Fürsten, sich der Verantwortung des Culturkampfes nicht zu widmen. Im Innern sei man der Ansicht, daß alle Minister nach Bismarcks Recepten arbeiten, und daß sich der Reichsanzler nicht hinter dem Cultusminister verschauen dürfe. Mit diesen Auslassungen des leitenden ultramontanen

Blattes ist die Oppositionsstellung bezeichnet, welche jordan das Centrum in den gesetzgebenden Körperschaften einzunehmen entschlossen ist. Aber um noch eines Punctes Erwähnung zu thun, sei angeführt, daß die „Germania“ die Verechtigung des Centrums bezüglich der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf den Westen ganz besonders betont und die bezeichnende Folgerung aufstellt, daß diese Angelegenheit bis nach Schluß des Friedens zwischen Staat und Kirche hinausgeschoben werden müsse.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. Januar.

Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin vom Dienstag geschrieben: „Die Frage der Revision des Landtages, behufs Feststellung der Verwaltungsreformgesetzte, steht noch immer auf der Tagesordnung der Discussion. Auch der Senatorencomit ist veranlaßt worden, sich über diese Angelegenheit zu äußern. Das für und wider wurde erstlich in Erwägung gezogen, doch kam man zu dem Beschlusse, daß eine Nachsektion möglichst zu vermeiden sei, weil die Beschäftigung des Abgeordnetenhauses in den Sommermonaten schwer zu erreichen, eine Prejension auf die Geschäfte des Reichstages unmöglich sei und bei dem Umfang der Verwaltungsvorlagen nicht abzusehen wäre, wie lange die beiden Häuser des Landtages sich in einer Nachsektion mit den beiden beschäftigten müßten. Es wurde ferner in Betracht gezogen, daß das Staatsministerium sich zwar für den Vorschlag des Grafen Eulenburg ausgesprochen habe, aber unter der Voraussetzung, daß von conservativer Seite im Vorhinein die Zustimmung dazu erfolgt. Aber seitens der Conservativen wie der Freiconservativen ist der Plan des Ministers des Innern beanstandet worden. Wenn nicht Alles täuscht, so hat auch der Abg. Liebenow nicht bloß in seinem Namen gegen einzelne Bestimmungen des Organisationsgesetzes opponirt. Jedemfalls sieht sich Graf Eulenburg auf die guten Dienste der Liberalen angewiesen, die allerdings Werth darauf legen, daß das Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung noch in der gegenwärtigen ordentlichen Landtagssession zu Stande kommt. Der Abg. v. Bennigsen als Vorsitzender der Commission für die Verwaltungsreform bestimmte Dies auch in der letzten Vermittlungssitzung und stellte in Aussicht, daß solcher Abschluß noch bis zur Eröffnung des Reichstages erzielt werden könnte. In der That beschloß die Commission, von der General-Discussion Abstand zu nehmen und sofort in die Beratung des Behördenorganisationsgesetzes und der damit in Verbindung stehenden anderweitigen Theile der eingebrachten Vorlagen einzutreten. Zum Referenten wurde der Abg. Dr. Onest ernannt. Die Commission wird täglich Sitzungen abhalten.“ So weit der Bericht.

Ueber die Unbeugbarkeit der Zustände im Abgeordnetenhaus schreibt die „Allg. Ztg.“: „Die linke Seite kann sich nach allen hiesigen Berichten des Gefühls nicht erwehren, daß der Präsident an ihr Verhalten nicht den gleichen Maßstab anlegt, wie an dasjenige der Rechten. Ausdrücke, die von der rechten Seite fallen, bleiben ungerügt; sobald sie von der linken fallen, sind sie parlamentarisch unzulässig. Wir sind gewiß weit davon entfernt, bewusste Parteilichkeit vorauszusetzen, aber schon das geringste Maß an erschüttertem Vertrauen trägt dazu bei, dem Hause und dem Präsidium die Geschäfte zu erschweren. Ein anderer Umstand thut Dies in noch erhöhtem Maße. Bisher war es ein das allgemeine Vertrauen bezeugender Abgeordneter der freiconservativen Partei, der sich der Aufgabe unterzog, eine sich zu weit ausspannende Debatte nach vorzeitiger Rücksprache mit den Fraktionsvorständen durch Schlußantrag zu beenden. Dazu ge-

zu bringen, haben die Ultramontanen beschlossen, diejenigen armen Eltern, welche ihre Kinder in die congreganistischen Schulen schicken, von ihren -len Ansichten durch den Hunger zu curiren. ThP Rat.-Btg. wird darüber aus Brüssel geschrieben: „Während des gegenwärtigen strengen Winters, der Tausende von Arbeitern zur Unthätigkeit zwang, haben die Kerikalen einen „Streik“ der Wohlthätigkeit organisiert. Sie könnten aber leicht Maßnahmen hervorzurufen, wenn sie die Armen bis zur äußersten Noth treiben. Das Organ des Bischofs von Tübingen läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Den liberalen Armen (Denjenigen, welche ihre Kinder in die Staatsschulen schicken) keinen Sou, keine Brodrinde, keinen Lappen Heug mehr.“ Das Journal des Bischofs von Gené empfiehlt den katholischen Familien an, den Wohlthätigkeits-Bureau, deren Mitglieder verdächtig sind, Nichts mehr zu schenken. Den Katholiken, welche Testamente mit dergleichen Bestimmungen gemacht haben, rath das Organ des Cardinals Deschamps, Erzbischof von Neuchâtel, diese Testamente wieder zu öffnen und ihre Schenkungen zu streichen. Man hofft, daß die also verfolgten Armen gezwungen sei werden, ihre Kinder zu kerikalen Lehrern zu schicken. In Tournay weigert man sich sogar, denjenigen armen Kindern der kerikalen Schulen, deren Brüder oder Schwägeren Communal-schulen besuchen, Kleider zu geben. In Antwerpen ertheilt ein hoher geistlicher Würdenträger armen Frauen die Antwort: „Sobald Sie Ihre Kinder aus der Communalsschule nehmen, wird ich Ihnen das Nöthige geben, damit Sie Ihre Stube heizen können.“ Die Liberalen finden dieses Verhalten mit Recht grausam; aber die ultramontane Presse erwidert ihnen, daß sie nur das Unterrichts-gesetz nicht hätten beschließen dürfen. Zugleich ermahnt sie ihre eigenen Parteigänger und den Clerus, auf der beschriebenen Bahn fortzufahren. Die Londoner „Times“ äußert sich am Schlusse eines längeren, der Transvaal-Angelegenheit gewidmeten Artikels, wie folgt: „Wir haben die Wohlfahrt aller südafrikanischen Colonien ebenso sehr in Betracht zu ziehen, als die Interessen der Einwohner des Transvaal und beide wiegen schwerer als der bloße Widerwille, eine Politik aufzugeben, welche zu einer gewissen Zeit gerechtfertigt erschien durch Verhältnisse, welche heute nicht mehr existiren. Wenn die durch Sir Garnet Wolseley so emphatisch betonte Politik der permanenten Annexion von der Regierung angenommen und den Parlamenten gebilligt wird, so geschieht dies sicher nicht, weil es sich hier um eine vollzogene Thatsache handelt, welche nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, sondern weil nach reiflicher Ueberlegung der Frage nach allen Seiten hin, dies als das einzige praktische Mittel sich erweist, welches für die Sicherheit Süd-Afrikas gefunden werden kann. Vöht sich dieser Beweis nicht führen, so dürfte sich der Engländer schwerlich mit der gewaltthätigen Occupation eines Landes ausöhnen, dessen Besitz erklart, daß sie niemals Unterthanen Ihrer Majestät gewesen seien und es auch niemals werden wollten. England stellte vor einigen Jahren die Unabhängigkeit des Drango-Staats wieder her, aus Gründen, welche damals als gesunde und maßgebende betrachtet wurden; es sollte nicht anstehen, die Unabhängigkeit des Transvaal wiederherzustellen, wenn die Verhältnisse die gleichen seien. Unter diesen, ehe die Frage erscheidend im Parlament debattirt worden, erscheine es unpolitisch und wenig erdemüthig, dieselbe anders als eine offene zu betrachten.“

Königliches Landgericht.

1. Die Criminaljustiz hat in ihren Kinnalen eine nicht geringe Zahl von Straffällen aufzuweisen, welchen bezüglich des Motiv der That, der verschmähten Liebe u. s. w. zu Grunde gelegen hatte. Auch in dem